

Zeitung von **SOLINGEN AKTIV**
Dezember 2007 – Spendenpreis 0,50 €

**Das Sprachrohr
für die Bevölkerung
im Solinger Stadtrat!**

Solinger Stadtrat verabschiedet Haushalt 2008:

Streichkonzert auf Kosten der Bevölkerung!

(Auszüge aus der Haushaltrede der
Ratsgruppe von SOLINGEN AKTIV)

Was hat Solingen in die Finanzkrise getrieben?

„Zum ersten sind die Leistungen und Aufgaben, die die Kommune erbringen muss, deutlich mehr gestiegen als die Zuwendungen von Land und Bund... ...Der massive Abbau sozialer Rechte und Errungenschaften, die zunehmende Förderung von Leiharbeit und geringfügiger Beschäftigung, die durch die Rot-Grüne Regierung eingeleitet wurde und durch die große Koalition im Bund fortgesetzt wird, hat zu enorm steigender Armut und entsprechenden Sozialkosten geführt... So fielen allein im letzten Haushaltsjahr für die Zahlungen für Unterkunft und Heizung für Betroffene von Hartz IV, 2 Millionen zusätzliche Kosten für die Kommune an. Für Rentner, von welchen immer mehr unter dem Existenzminimum leben, musste zusätzlich 1 Million gezahlt werden. Ganze 5,2 Millionen mussten drauf bezahlt werden für steigende Jugendhilfekosten und Hilfen zur Erziehung...“

Aus dem Inhalt:

Unsere Ratsgruppe informiert:

- Haushalt 2008 und seine Auswirkungen auf die Solinger Bevölkerung.
- Das Bäderkonzept
- Finanzielle Zuwendungen an SOLINGEN AKTIV
- Die Fahrplanstreichungen

Aktuelles von SOLINGEN AKTIV:

- Jahreshauptversammlung 2007
- Proteste gegen NPD
- Montagsdemo gegen Hartz IV
- AG-Arbeitsplätze
- Erfahrungsbericht eines Leiharbeiters
- Wir über uns...

Kommunen werden immer weiter in die Schuldenfalle getrieben!

„Dazu kamen als Ergebnis der wachsenden Verschuldung **enorm steigende Kredit- und Zinszahlungen**. Damit werden die Kommunen immer weiter in die Schuldenfalle getrieben. Diese erhebliche Verschuldung der Kommunen ist zugleich eine willkommene staatlich gesicherte Profitquelle der Banken...“

Die Stadt Solingen darf – wegen der Haushaltssicherung - die **Grundbedürfnisse der Menschen nicht mehr befriedigen**. Der Rat hat – gegen unsere Stimmen – im letzten Jahr die Zuschüsse für Schulbücher für Betroffene von Hartz IV gestrichen. Die Stadt darf laut Regierungspräsident nicht für höhere Elternbeiträge bei der Kinderbetreuung einspringen, die das Land verschuldet hat. Eine privat organisierte Initiative muss nun für das Schulmittagessen für Kinder armer Familien einspringen – auch das darf die Kommune nicht zahlen. Wohlbemerkt bei allem geht es um Beträge im Zehntausender-Bereich.“

Bauprojekte verschlingen Millionen!

„Zugleich werden der Kommune vom Land – zugegebenermaßen durchaus ansehnliche – Bauprojekte angeboten und die Kommunen zu hohen **Investitionen in Form von Eigenbeteiligungen mehr oder weniger gedrängt** - allein für den Bahnhof Ohligs fast 3 Mio. Euro an Eigenbeteiligung! Nach dem Motto, „*das Angebot müssen wir annehmen, sonst entgehen uns die Fördermittel...*“ Keine Frage, dass der Regierungspräsident dem zustimmt...“

(Fortsetzung auf Seite 2)

(Fortsetzung von Seite 1)

Verfehlte Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik!

„...Alle diese Bestandteile zeigen, wie Bund und Land ihre verfehlte, sogenannte *„Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik*, die eine Umverteilungspolitik ist, **auf dem Rücken der Kommunen austragen**.

Grundlinie: die große Masse der Menschen wird immer ärmer, einige wenige immer reicher und die steigenden Kosten zur Verwaltung von Armut und Arbeitslosigkeit werden der Kommune aufgebürdet. Da braucht sich keiner zu wundern, wenn die **herrschende Politik zunehmend grundsätzlich in Misskredit gerät!**



Proteste bei der Verabschiedung des Haushalts 2006/2007
(Foto: SOLINGEN AKTIV)

Fällt Ihnen auf, dass sich gerade an den angesprochenen Themen **die Proteste mehren?** ...Man kann nur hoffen – und davon gehe ich sicher aus – dass diese Proteste auch in Solingen wieder erstarben!

Dramatische Entwicklung in Solingen!

„Allein für das Jahr 2008 geht die Stadt von einem **Fehlbetrag von 56 Millionen** aus... Bis 2011 droht gar, dass **sämtliche Rücklagen der Stadt verbraucht sind!** Allein für kurzfristige Kassenkredite müssen im kommenden Jahr mehr als 400 Millionen ausgegeben werden.“

26 Millionen Euro Zinsen! Wir brauchen ein Zinsmoratorium für die Kommunen!

„Die Zinsaufkommen sind dramatisch gestiegen und liegen inzwischen bei insgesamt 26 Mio. Euro! Damit gehen fast 8 % der Gesamteinnahmen unserer Stadt an Banken! SOLINGEN AKTIV hält nach wie vor ein Zinsmoratorium für die Kommunen für den richtigen Weg...“

Impressum:

Ratsgruppe SOLINGEN AKTIV
Gabi Gärtner und Regine Weiß
Büro: Klemens-Horn-Straße 3, 42655 Solingen

Gespart werden soll vor allem im sozialen Bereich – also auf unsere Kosten!

„...ab 2008 sollen **pro Jahr weitere 152 Plätze in Kindergärten gestrichen werden!** Wie bitte soll das gehen? Wie soll damit die Pflicht der Kommune, jedem Kind ab 3 Jahren einen Platz zu bieten, erhalten bleiben? ...Gar nicht auszu-denken, wenn die angekündigte Verpflichtung für die Deckung des Bedarfes der Betreuung von Kindern unter 3 Jahren tatsächlich kommt. Wie will die Stadt dem nachkommen? ...**Setzen sie den Rotstift nicht weiter an der Kinderbetreuung an!**

..Bei den Kürzungen im **Fahrplan des öffentlichen Nahverkehrs** wurde erst vor wenigen Wochen deutlich, wohin eine Politik, die nur noch Kosten- und Nutzegemäß rechnet, führt: **Am Leben, am Alltag, an den Problemen der Menschen vorbei!...**

...Deshalb sind wir auch **gegen die Schließung des Heidebades:** Wir können nicht unterstützen, wenn die GRÜNEN bei einzelnen Projekten nun meinen, doch auch etwas zum sogenannten *„Sparzwang“* auf Kosten der Bürger beitragen zu müssen. (siehe Seite: Redebeitrag Bädekonzept)

Zugleich gönnt sich die Stadtspitze einiges, was sie sich nicht leisten kann.

- So zahlt die Stadt bereits im kommenden Jahr **3 Millionen Euro Miete für das neue Rathaus** – ein äußerst fragwürdiges, nach wie vor nicht gesichertes und in Solingen allgemein unbeliebtes Projekt.

- **2 Mio. wurden für Zinswetten „verzockt“.**

- Viele Millionen werden **widerspruchslos zu Förderprojekten des Landes NRW hinzu gezahlt** – für Projekte die schön und gut, aber bestimmt nicht dringender sind, als der Kampf gegen die Kinderarmut oder für den Erhalt des ÖPNV.“

Die Solinger Stadtspitze hat das Finanzdesaster nicht alleine zu verantworten – sie schlägt aber eindeutig den falschen Weg zu seiner „Bewältigung“ ein!

Statt konsequent bei Land und Bund zu protestieren werden die Defizite lieber bei den Bürgern abgeladen.

Statt vorbehaltlos alle Vorschläge zu prüfen, wie wir auch aus Solingen einen Beitrag leisten können, dem Desaster beizukommen, werden alle Vorschläge der kleinen Fraktionen und Gruppen oder aus der Bürgerschaft ignoriert, für nicht machbar erklärt oder hämisch verspottet...“

(Fortsetzung auf Seite 3)

(Fortsetzung von Seite 2)

„Statt bei sich selbst anzufangen, sind die Stadt-oberen an keiner Stelle bereit selbst zu verzichten. Auch lehnen sie jegliche Kürzung ihrer Bezüge ab und predigen zugleich den Bürgerinnen und Bürgern, es sei nichts anderes möglich, als bei ihnen zu sparen.

Es ist unverantwortlich, den Menschen vorzumachen, durch diese Kürzungen könnte der Haushalt in absehbarer Zeit ausgeglichen werden. ...

Was ist zu tun – was schlagen wir vor?

Wir sprechen uns in unseren Anträgen gegen alle HSK-Maßnahmen (vorgesehene Einsparungen laut Haushaltssicherungskonzept – die Redaktion) auf Kosten der Bürgerinnen und Bürger aus.

Stattdessen schlagen wir vor, dass der Rat die Verwaltung beauftragt, Möglichkeiten zu prüfen und in Verhandlungen darüber zu treten, inwieweit für die **Bauprojekte ZOB Bahnhof Ohligs und Bahnhofsumfeld Ohligs der jeweilige Eigenanteil der Gemeinde gesenkt** werden kann. Die Investitionsmaßnahme Stadttumbau Ohligs schlagen wir vor abzusetzen. Auch wenn die Förderungen des Landes grundsätzlich zu begrüßen sind, sollte die Stadt ihre kommunale Selbstverwaltung nicht einschränken lassen, indem Landesförderungen Einfluss auf die Investitionsschwerpunkte der Stadt nehmen.

Dieses Geld einzusparen würde alle oben genannten Maßnahmen überflüssig machen.

Auch wenn SOLINGEN-AKTIV seit wenigen Wochen selbst in den Genuss von Fraktionszuwendungen kommt, so fordern wir heute – also auch zu unseren Ungunsten - eine **Reduzierung der Fraktionszuwendungen um 50%**. Damit würde die Stadt pro Jahr 262.220 Euro einsparen.

Außerdem fordern wir, wieder mehr Initiative für gemeinsame Forderungen und Protestaktionen zusammen mit anderen Kommunen für eine wirkliche **Gemeindefinanzreform** zu ergreifen...

Eine weitere Forderung von SOLINGEN AKTIV ist es, den **Hebesatz der Gewerbebeertragssteuer** anzuheben...

Wir bitten Sie, unseren Anträgen zuzustimmen! In dieser Form werden wir diesen Haushalt ablehnen!

Machen sie unserer Bevölkerung nicht vor, die Lage sei durch die Einsparungen dort, wo ohnehin am wenigsten Geld ist, zu retten!

Wir ermutigen alle Menschen sich aktiv in die Kommunalpolitik einzumischen, sich von ihrem berechtigten Protest und Kampf nicht abhalten zu lassen.“

41.000 € für SOLINGEN AKTIV – und die Ausfälle des Herrn Krebs (CDU)

Das Solinger Tageblatt berichtete am 18.10.07, dass SOLINGEN AKTIV durch die Änderung der NRW-Gemeindeordnung künftig 41.000 € jährlich zur Finanzierung seiner Ratsarbeit zustehen. Mit diesem Gesetz werden kleine Ratsgruppen den Fraktionen gleich gestellt. Weder das Solinger Tageblatt noch Herr Krebs von der CDU konnten es unterlassen, in unverschämter Weise zu unterstellen, dass man das Geld „direkt an die Verfassungsfeinde überweisen kann“. Damit behauptet Herr Krebs, unsere Ratsfrau



Gabi Gärtner würde Gelder von SOLINGEN AKTIV veruntreuen, weil sie auch Mitglied der MLPD ist. Offensichtlich werden diese Herrschaften nicht müde, SOLINGEN AKTIV und dessen Mitglieder zu diffamieren.

Könnte es sein, dass das konsequente und unbestechliche Eintreten von SOLINGEN AKTIV für die Interessen der einfachen Menschen in Solingen, gewisse Leute schwer verunsichert?

Die Ratsgruppe von SOLINGEN AKTIV wird diese Gelder für ihre Ratsarbeit im Sinne der Solinger Bürgerinnen und Bürger einsetzen. Ob im Kampf gegen KiTa-Schließungen, das Hartz IV-Gesetz und seine Folgen, Kinderarmut, die hohe Arbeitslosigkeit, gegen Gebührenerhöhungen in KiTas und VHS, für eine wirkliche Gemeindefinanzreform oder im antifaschistischen Kampf.

An vielen Punkten haben wir in den letzten Jahren bewiesen, auf der Seite der einfachen Menschen zu stehen. Offenbar befürchten einige, dass nun die konsequente Oppositionsarbeit mit hoher Beteiligung von Bürgerinnen und Bürgern gegen die Politik der großen Ratskoalition weiter gestärkt wird. Anders sind die (immer gleichlautenden) Ausfälle von CDU-Fraktionschef Krebs nicht zu erklären. Die beiden Ratsmitglieder Regine Weiß und Gabi Gärtner haben in den ganzen drei Jahren ihrer Ratsarbeit nicht einen Cent der Aufwandsentschädigungen und Sitzungsgelder für sich behalten. Alles wurde an SOLINGEN AKTIV gespendet.

Beide legen monatlich bei Informationsständen in der Innenstadt Rechenschaft über ihre Arbeit ab.

„Auch wenn wir es ablehnen, dass die Ratsparteien sich aus Steuergeldern finanzieren lassen, so ist es nur gerecht, dass wir als Ratsgruppe nicht weiter als einzige davon ausgeschlossen werden“ so Rats- und Vorstandsfrau Regine Weiß. *„Dennoch werden wir auch unter diesen Bedingungen bei den kommenden Haushaltsberatungen wieder eine erhebliche Reduzierung der Zuwendungen beantragen. Es kann nicht sein, dass KiTas geschlossen werden und zugleich Zehntausende Euro für die Ratsparteien ausgegeben werden.“*



Zum Leben zu wenig...

Erfahrungsbericht eines Leiharbeiters

Wenn ich über meine Erfahrungen bei Zeitarbeitsfirmen berichten soll, lässt sich ein „dicker Hals“ kaum vermeiden. Es fällt mir schwer einen Anfang zu finden, um all jene Mißstände zu schildern, die ich bei immerhin 3 verschiedenen Firmen erfahren und beobachtet habe. Zwar kann ich nicht leugnen, dass ich beim Empfangsgespräch stets überaus freundlich und höflich, ja nahezu menschlich, behandelt wurde.

Doch fand dieses Entgegenkommen spätestens beim Vertragsabschluss ein jähes Ende, wohl wissend der Not der potenziellen Arbeitskraft. So erhielt ich einen Bruttostundenlohn von **5,60 € – bei Schicht und Akkordarbeit**, was mich auf einen durchschnittlichen Nettolohn von € 650 brachte. Zum Vergleich, erhalte ich derzeit als Empfänger von staatlicher Grundsicherung einen Gesamtbetrag von etwas über 700 Euro.



Vorzugsweise bestand meine Kollegenschaft aus Menschen mit Migrationshintergrund und mangelnden Deutschkenntnissen. Und obwohl es vertraglich untersagt war über sein Gehalt mit Kollegen zu sprechen, war ich entsetzt, als ich erfuhr, dass gar nicht wenige **bis zu 2 Euro brutto weniger** verdienen als ich.

Nach etwa 2 Monaten brachte ich in Erfahrung, dass ein Kollege von mir für die gleiche Tätigkeit ca. 1/3 mehr Lohn hatte, was auf staatliche Zuschüsse zurückzuführen war. Bei meiner

Nachfrage in der Firma, wie ich diese Zuschüsse auch beantragen könne, erhielt ich die Auskunft, dass dieser Zuschuss nur befristet innerhalb der ersten 2 Wochen beantragt werden könne. Diese Frist sei nun verstrichen. Also: Welches Interesse bestand nun seitens der Firma, mich nicht darauf hinzuweisen, mein Gehalt auf den gesetzlichen Mindestbedarf fristgerecht aufstocken zu lassen? War es grobe Fahrlässigkeit oder Inkompetenz der Personalabteilung? Kann sein!

Moderne Sklaverei

Vielleicht kommt es der Firma auch gelegen, ihre Mitarbeiter am Existenzminimum zu halten, um sie mit den häufig erforderlichen Abschlagszahlungen in der Bring-Schuld zu lassen. Das Prozedere erfordert nämlich einen vollen Monat zu absolvieren, bevor man die erste Lohnabrechnung erhält. Dies zwingt die Arbeitnehmer in den meisten Fällen, einen Vorschuss zu beantragen, der meist auch bereitwillig gezahlt wird.

So tritt eine Art Dispositionskredit in Kraft, der es erfordert, einen Vorschuss auf das Gehalt des nächsten Monats zu erbetteln. Dies führt wiederum zu einer größeren Abhängigkeit, worauf hin man der Willkür der Firma ausgeliefert ist.

Denn hat die Firma einen erst einmal in dieser **finanziellen Schraubzwinge**, hat man keinerlei Einfluss mehr auf etwaige Urlaubsansprüche, Mitbestimmung über Einsatzorte und Schichtzeiten oder Krankheitsvorkommnisse.

Wenn man es durch hartnäckige Verhandlungen schafft z. B. seinen längst bewilligten – seitens der Firma aber kurzfristig umdisponierten – Urlaubsanspruch durchzusetzen, kann es passieren, dass aus unerfindlichen Gründen, die Abschlagszahlungen ausbleiben.

Der gläserne Mitarbeiter

Die Firma kennt die persönlichen Verhältnisse der einzelnen Mitarbeiter sehr genau und kann so gezielt Druck ausüben. Da nach der 3. Abmahnung die Kündigung folgt, wird nicht lange gezögert und der geringste Anlass ausgenutzt, die Mitarbeiter an diese Grenze zu bringen. Da ich den Fehler machte, der Firma mitzutei-

len, dass mir mein Einsatzort ganz gut gefällt, spielte ich ihnen den ersten Trumpf in die Hände:

Krank werden – ein Risiko

Ich habe es gewagt, nach 7-monatiger untadeliger Pflichterfüllung krank zu werden, worauf hin ich die frühmorgendliche Mitteilung erhielt, bei Nichteintreffen eines ärztlichen Attestes **innerhalb einer Stunde**, die erste Abmahnung zu erhalten, welche ich nach dem Arztbesuch auch prompt im Briefkasten fand, da es zeitlich unmöglich war diesem Ultimatum Folge zu leisten. Nun ja!

Des Weiteren hieß es, wenn sich ein weiterer Fehltag anschließe, könne ich zu dem von mir geschätzten Einsatzort „lebe wohl sagen“. Dieses Druckmittel war mir jedoch nicht fremd, zumal ich des öfteren meine Kollegen fragte, warum sie – offenkundig Grippeerkrankt, oder sich in Gipsverbänden befindlich – zur Arbeit erschienen, anstatt sich krank zu melden.

So schilderte mir eine junge, allein erziehende Mutter, dass sie auf diesen Einsatzort mit der dazugehörigen Schichtzeit angewiesen sei, um ihr Kind adäquat betreuen zu können. Dies sei jedoch bei evtl. Krankmeldung nicht mehr gewährleistet. Siehe da: So hat bei dieser bemitleidenswerten Person die Einschüchterungstaktik funktioniert. Was für eine Schande!

Obwohl auch ich mir ein Kind wünschen würde, lehrte mich diese Erfahrung, wie schnell man dann zum Spielball einer skrupellosen Firmenpolitik werden kann, in der es ausschließlich auf Wettbewerb und Gewinnoptimierung ankommt. Vielleicht ist auch dies ein Hinweis auf mangelnde Gebärbereitschaft in Deutschland.

Gute Ausbildung – hilft nichts

Ein weiteres Beispiel betrifft einen Freund von mir, der sich wegen „Mobing“ nicht in der Lage sah, seine sichere Festanstellung zu behalten. Trotz langjähriger Berufserfahrung und zwischenzeitlich erlangter Zusatzqualifikationen bekam er vom Arbeitsamt eine Liste mit Zeitarbeitsfirmen in die Hand gedrückt. Bei gleicher Arbeitsleistung verdient er jetzt mehr als 1/3 weniger bei einer Leiharbeitsfirma.

(Fortsetzung Seite 6)

Urlaub – ein Lotteriespiel

Es ist fast überflüssig zu erwähnen, dass jeder Urlaubsanspruch beinahe kategorisch abgelehnt wird. Dennoch musste auch ich nicht darauf verzichten. Nachdem ich 5.30 Uhr morgens vor dem Werkstor abgefangen wurde und man mir mitteilte, dass ich ab sofort eine Woche **Urlaub unter Vorbehalt antreten MUSS!** Selbstverständlich könnte sich dies spontan ändern, so dass ich auf Abruf bereitstehen soll, um kurzfristig meinen „Urlaub“ zu unterbrechen. Wirklich sehr erholungssam.

Dennoch gab es auch positive Aspekte bei der Zeitarbeit: Nämlich die gemeinsame Ironie unter den Kollegen, wenn man versuchte, sich mit Anekdoten über seine individuelle, miese Lebenssituation zu überbieten. Da gab es immer noch einen drauf zu setzen.

Ach ja – geteiltes Leid ist doppelte Freude!

Mein subjektiver Eindruck ist umso befremdlicher, als dass ich nach jeder medial verbreiteten Kündigungswelle renommierter Firmen, die explizit vermehrte Werbung von Zeitarbeitsunternehmen wahrneh-

me, die freudig und vielversprechend proklamiert:

Wir stellen ein....

Wir suchen...

Wir brauchen...



SOLINGEN AKTIV – eine neue Art von Kommunalpolitik!

Alle Kandidaten von SOLINGEN AKTIV haben die bei der Mitgliederversammlung im März 2004 beschlossenen Kandidatengrundsätze zur Grundlage ihrer Arbeit gemacht. Darin heißt es unter anderem:

Wir verpflichten uns in unsrer Arbeit:

- eine **regelmäßige Präsenz vor Ort** in unserem Wahlkreis, den persönlichen Kontakt im Wohngebiet und mit Institutionen im Wahlkreis zu pflegen;
- den **Menschen zu helfen, sich für ihre Interessen zusammen zu schließen**, sie zum Ausdruck zu bringen und dafür aktiv zu werden;
- dazu beizutragen, dass immer mehr Menschen - nicht zuletzt in unserem Wahlkampf - **aktiv und dauerhaft organisiert tätig werden**;
- uns **streitbar und offensiv**, aber immer um Sachlichkeit und wo es möglich ist, um Zusammenarbeit mit anderen Parteien und Initiativen bemüht, **auseinander zu setzen**;
- uns Stück für Stück **schlau zu machen** über die Fakten, Strukturen, Probleme, Anliegen im Wahlkreis, sowie ihre Hintergründe und Zusammenhänge;
- eng **mit allen anderen Mitgliedern von „SOLINGEN AKTIV“ zusammen zu arbeiten**, selbst im Wahlkampf praktisch aktiv zu werden, Ideen zu entwickeln, an allen wichtigen Treffen teilzunehmen - oder uns zu entschuldigen, wenn wir verhindert sind und uns um die ent-

sprechenden Informationen nach dem Treffen zu kümmern;
- **offen zu sein für alle Anregungen**, Anfragen und kritische Hinweise;

- uneigennützig und ohne Schielen auf persönliche Vorteile zu arbeiten, keinerlei **Zuwendungen** in Geld - oder Sachspenden für uns persönlich **anzunehmen**, sondern diese an die verantwortlichen Stellen weiterzuleiten;
- in allen Bereichen einen aktiven Beitrag zur Finanzierung unserer Arbeit zu leisten
- gegenüber SOLINGEN AKTIV **Rechenschaft** über unsere Arbeit abzulegen.

Diese Grundsätze galten nicht nur vor der Wahl, sondern sind die Grundlage, auf der unsere Ratsmitglieder im Rat arbeiten. Dies haben sie mit den öffentlichen Rechenschaftsberichten und der Abführung **aller** Aufwandsentschädigungen und Sitzungsgelder an SOLINGEN AKTIV zum Ausdruck gebracht.

Und so erreichen Sie uns:

Klemens-Horn-Str. 3, 1. Stock

Öffnungszeiten:

Montag und Mittwoch

15 – 17 Uhr

Freitag 17 – 19 Uhr

Tel. 22 46 366

E-Mail: solingenaktiv@web.de

Stadträtinnen:

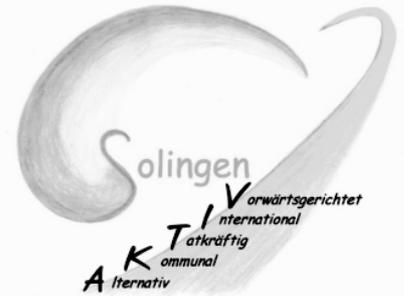
Regine Weiß,

Tel. 0171-7467475

Gabi Gärtner,

Tel. 64 54 935

www.sg-aktiv.de



Die Grundsätze von SOLINGEN AKTIV

**einstimmig verabschiedet von
der Gründungsversammlung am
13.12.2003**

1. Wir sind ein Bündnis von Personen, die sich durch die Parteien, die bisher im Stadtrat sind, nicht vertreten fühlen. Deshalb wollen wir aktiv kommunalpolitisch tätig werden.
2. Wir fühlen uns den Alltagsproblemen der einfachen Menschen verpflichtet und wollen ihr Sprachrohr im Rathaus sein.
3. Wir wollen auch andere Betroffene ermutigen, für ihre Belange selbst einzutreten und werden sie nach Kräften dabei unterstützen, ihre Interessen durchzusetzen.
4. Wir sind überparteilich, das heißt keiner parteipolitischen Richtung verpflichtet. Bei uns können Menschen unterschiedlicher Weltanschauung, Parteilose und Parteigebundene gleichberechtigt zusammenarbeiten.
5. Wir stehen für die Gleichberechtigung aller in Solingen lebenden Menschen ein und wollen ihr solidarisches Miteinander fördern. Wir verstehen die kulturelle Vielfalt unserer Stadt als Bereicherung, die wir bewahren und fördern wollen.
6. Wir arbeiten auf antifaschistischer Grundlage und schließen die Teilnahme von Faschisten, Nationalisten und religiösen Fanatikern aus.
7. Wir sind finanziell unabhängig und finanzieren unsere Arbeit durch Mitgliedsbeiträge, Spenden und eigene Aktivitäten

Aus unserer Arbeit:

Jahreshauptversammlung 2007:

Am 1.12.2007 fand die 5. Jahreshauptversammlung von SOLINGEN AKTIV statt.

Mit einer Zusammenfassung des Vorstandsberichtes wollen wir hier über unsere Arbeit informieren.

SOLINGEN AKTIV ist gemeinsam mit vielen anderen eingetreten...

- für den Ausbau der Unterstützung der Jugendhilfe – insbesondere im Bereich der Prävention
- gegen die Nachteile durch die VHS-Fusion
- für den Erhalt der Solinger Bäder
- gegen die Verschlechterung der Situation der Stadtwerke durch die neue NRW-Gemeindeordnung nach dem Prinzip „Privat vor Staat“
- gegen die Folgen der Umwandlung des Klinikums in eine GmbH
- gegen die Privatisierung und für das geplante Bürgerbegehren „Solingen gehört uns“
- für eine kommunale antifaschistische Haltung
- gegen die fatalen kommunalpolitischen Folgen der Hartz-IV-Gesetze, wobei sogar die Stadtspitze unseren Standpunkten im Nachhinein zustimmen musste
- gegen die Streichung der Schulbuchfinanzierung für Hartz-IV-Kinder
- gegen die Schließung weiterer Schulräume
- für die Rücknahme des verschlechterten Fahrplanes

Im Protest gegen die geplanten drastischen Sparmaßnahmen durch den neuen **Haushalt 2008** wenden wir uns gegen die scheinbar unverrückbare Logik, dass in jedem Fall bei der Mehrheit der Bürger gespart werden muss. Stattdessen treten wir für die unverzichtbaren Interessen insbesondere der Kinder, Jugendlichen und der einkommensschwachen Bevölkerungsgruppen unserer Stadt ein.

Erhalt und Ausbau von Ausbildungs- und Arbeitsplätzen zu menschenwürdigen Bedingungen – das ist heute das zentrale Anliegen von Tausenden Beschäftigten, Jugendlichen und Familienangehörigen in der Arbeiterstadt Solingen. Und damit ist es auch für uns eine kommunalpolitische Kernfrage.

Wir treten ein für den Erhalt wohnortnaher preiswerter **Schwimmbäder** und wenden uns entschieden gegen das Kombibad. Wir fördern den Zusammenschluss betroffener Bürger gegen diese Pläne.



SOLINGEN AKTIV bei der 1.Mai-Veranstaltung des DGB 2007.

SOLINGEN AKTIV hat ein unverwechselbares Profil!

- ▶ für die Zukunft der Kinder und Jugend dieser Stadt!
- ▶ für den Erhalt und Ausbau von Ausbildungs- und Arbeitsplätzen zu menschenwürdigen Bedingungen!
- ▶ nicht stellvertretend *für* die Menschen dieser Stadt, sondern *mit* ihnen und in den sozialen Bewegungen verankert!
- ▶ für die fundamentalen Lebensinteressen der Menschen gegen alle scheinbaren „Sachzwänge“, ausgerechnet bei den „kleinen Leuten“ zu sparen!
- ▶ gegen jede Form von finanzieller Abhängigkeit von staatlichen Geldern und **aktiv** gegen alle Beeinflussungen, politische Ehrenämter für persönliche Zwecke zu missbrauchen!
- ▶ selbstbewusst und bündnisbereit auch gegenüber anderen Organisationen. Wir werden unseren überparteilichen Charakter wahren und ausbauen und halten es gerade in kommunalen Fragen für sinnvoll, sich in unserem überparteilichen Bündnis zusammenschließen – gleichgültig *ob* man in einer Partei ist oder in *welcher* Partei. Außer Nazis und religiösen Fanatikern sind alle in unseren Reihen willkommen!

Ich möchte Mitglied bei SOLINGEN AKTIV werden und zahle einen Mindestbeitrag von:

• 1,00 Euro • 0,50 Euro

Name: _____

• _____ Euro (eigene Angabe)

Datum: _____

Straße: _____

Unterschrift: _____

PLZ/Ort: _____

(Ich erkenne die Grundsätze von SOLINGEN AKTIV an)

Telefon: _____

Bitte ausschneiden und einsenden an SOLINGEN AKTIV, Klemens-Horn-Str. 3, 42655 Solingen